



EU-Ratspräsidentschaft - Gute Arbeit muss Priorität erhalten

Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) ruft die Bundesregierung dazu auf, ihre am 1. Juli dieses Jahres beginnende EU-Ratspräsidentschaft zu nutzen, um mutige Entscheidungen für gute Arbeit in Europa voranzubringen.

„Die Folgen der Corona-Pandemie stellen uns vor eine historische Herausforderung und haben Schwachstellen in Europa offengelegt. Wir fordern, dass alle Beschäftigten sozialversichert sind, und dass dies auch effektiv kontrolliert werden kann. Der Beitrag bei der Abführung von Sozialversicherungsbeiträgen muss enden. Das verhilft den Sozialversicherungen zu dringend benötigten Einnahmen und sichert Beschäftigte im Krankheitsfall ab“,

sagte der IG BAU-Bundesvorsitzende Robert Feiger.

„Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass für alle entsandten Beschäftigten zwingend vor ihrer Entsendung eine sogenannte A1-Bescheinigung beantragt wird, mit der sie nachweisen können, dass sie unter das Sozialversicherungsrecht des Heimatlandes fallen. Mit digitalen Mitteln sind unbürokratische Verfahren möglich, die Arbeitskontrollen erleichtern. Mittelfristig braucht es dazu eine europäische Sozialversicherungsnummer und ein europäisches Sozialversicherungsregister.“

Die IG BAU begrüßt, den von der Europäischen Kommission vorgelegten Plan zum wirtschaftlichen Aufbau in Europa. Um die Krise am Arbeitsmarkt zu überwinden, sind jetzt dringend erhebliche Investitionen erforderlich.

Die Mittel müssen insbesondere in den ökologischen Umbau und Ausbau der Verkehrsinfrastruktur und in den Klimaschutz fließen. Die IG BAU fordert, dass Aufträge nur an jene Firmen vergeben werden dürfen, die nach Tarif bezahlen.

„Tariftreue muss ein verbindliches Kriterium bei der Auftragsvergabe im Rahmen europäischer Förder- und Budgetmittel werden“,

sagte Robert Feiger.

„Die Corona-Pandemie hat zudem die Gesundheitsgefährdung von mobilen Beschäftigten wie Saisonarbeitern offengelegt. Der Arbeits- und Gesundheitsschutz der Beschäftigten muss daher oberste Priorität haben, vor allem auch was die Unterbringung angeht. Überbelegte und unhygienische Unterkünfte darf es nicht mehr geben.“

Die IG BAU fordert, europaweite Mindeststandards für Unterkünfte – sowohl für private wie für jene auf Betriebsgeländen – zu erarbeiten und diese durchzusetzen. Gleichzeitig muss die Bundesregierung das Vorhaben von EU-Sozialkommissar Nicolas Schmit unterstützen, mittels einer EU-Richtlinie endlich soziale Mindeststandards für die innereuropäische Saisonarbeit zu schaffen.



IG BAU-Umfrage: Baubranche ist immun gegen Corona

Das Bauhauptgewerbe zeigt sich weitgehend immun gegen die Folgen der Corona-Pandemie. Das ergab eine aktuelle Umfrage im Juni unter Bauexperten. Die Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) hatte diese im Zuge der morgen fortgesetzten Tarifverhandlungen für die 850 000 Baubeschäftigten durchgeführt.

„Diese Tarifrunde ist eine besondere Herausforderung. Wir sehen zwar flächendeckend den ungebrochenen Bauboom, doch sitzt die Corona-Pandemie quasi mit am Verhandlungstisch. Um über deren Bedeutung für den Bau Klarheit zu bekommen, war es wichtig, die Expertise der Beschäftigten vor Ort einzuholen. So kann die wirtschaftliche Entwicklung der Branche realistisch eingeschätzt werden“,

sagte IG BAU-Bundesvorstandsmitglied und Verhandlungsführer Carsten Burckhardt.

„Im Ergebnis bestätigen die Antworten die Beobachtung der IG BAU. Weder war die Bautätigkeit durch die Corona-Pandemie spürbar beeinträchtigt, noch wird sie sich künftig negativ auf die Branche auswirken. Der Bau bleibt damit trotz Corona die Lokomotive der deutschen Wirtschaft und deshalb sind die Forderungen der IG BAU nach einem deutlichen Einkommensplus und nach einer Entschädigung für Wegezeiten weiterhin berechtigt.“

Vier Fünftel der befragten Betriebsratsvorsitzenden gaben an, dass die Corona-Pandemie keine Auswirkungen auf die betriebliche Auftragslage hat. Befürchtungen, dass Baustellen aufgrund von Krankheitsausfällen vorläufig stillgelegt werden müssen, haben die Befragten nicht.

Vielmehr schätzen 90 Prozent die wirtschaftliche Situation am Bau auch für das zweite Halbjahr als gesichert ein. Drei Viertel gehen für ihren Betrieb davon aus, dass auch im weiteren Jahresverlauf die Auftragslage stabil bleibt und mehr als ein Viertel (27 %) gaben an, dass ihr Betrieb im gleichen Zeitraum weiterhin einen wirtschaftlichen Aufschwung erleben wird.

„Die Forderungen der IG BAU stehen sichtlich und nachgewiesen auf einem stabilen Fundament. Es verwundert deshalb nicht, dass 84 Prozent der Befragten von der IG BAU erwarten, dass in den Verhandlungen keine Rücksicht auf die Corona-Situation genommen werden soll“,

sagte Burckhardt.

Einen Einblick in die Praxis von Pendlern gibt es hier.